

Stand: 05.04.2026 13:36:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3947

"Reform des ÖRR - jetzt!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3947 vom 31.10.2024
2. Mitteilung 19/4159 vom 28.11.2024



Antrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte** und **Fraktion (AfD)**

Reform des ÖRR – jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) auszuarbeiten und sich auf Bundesebene für die Umsetzung einzusetzen. Das Konzept der Reform soll dabei folgende Grundsätze beinhalten:

- Der ÖRR wird den Aufgaben erforderlichem Aufkommen entsprechend über Steuermittel finanziert.
- Der gesetzliche Auftrag des ÖRR wird von den entsprechenden Länderparlamenten festgelegt und auf Berichterstattung und kulturelle Ereignisse reduziert.
- Der Umfang der Kosten zur Auftragerfüllung wird von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) festgelegt.
- Die Länderparlamente werden dazu verpflichtet, den Einschätzungen der KEF entsprechend Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Der ÖRR bedarf dringender und umfassender Reformen. Der Finanzbedarf des ÖRR ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Den neusten Empfehlungen der KEF zur Folge seien für die Beitragsperiode 2025 bis 2028 pro Jahr 10.413,3 Mio. Euro notwendig, um den derzeitigen gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können. Gegenüber dem Aufwand für 2021 bis 2024 ist dies eine Steigerung um 2.984,5 Mio. Euro.

Diese abermalige Steigerung geht einher mit einer nach wie vor großen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Angebot des ÖRR.

Dieser Unzufriedenheit liegen vielfältige Ursachen zugrunde: beispielsweise die zunehmende Ideologisierung des gesamten Programms sowie die diesbezügliche Berichterstattung. Die gesetzlich vorgegebene Staatsferne ist nicht gegeben. Stattdessen finden sich immer öfter Ausstrahlungen, welche die Zuschauer im Sinne der Regierung erziehen sollen.

Aber die Unzufriedenheit speist sich auch aus dem Umgang mit Beitragsmitteln. Seien es Massagesessel, die sich das Führungspersonal gönnt oder die horrenden Bezüge der Intendanten: der Umgang mit dem Geld der Beitragszahler ist verantwortungslos.

Daher ist es unabdingbar, den Auftrag des ÖRR massiv einzukürzen und auf das Wesentliche zu reduzieren: auf eine vertrauenswürdige und neutrale Vermittlung von Informationen an die Bevölkerung sowie kulturelle Ereignisse.

Ein weiteres Argument für ein solches Vorgehen ist, dass im Laufe dieser Reform die Inkasso-Sparte des ÖRR überflüssig wird (ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice). Nach derzeitigem Stand belaufen sich die Verwaltungskosten dieser „Einzugsbehörde“ allein auf über 170 Mio. Euro jährlich, welche in der Folge eingespart werden würden.



Mitteilung

**Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und
Fraktion (AfD)**

Drs. 19/3947

Reform des ÖRR - jetzt!

Der Antrag mit der Drucksachennummer 19/3947 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt